



Prämienexplosion stoppen!

Nur mit einer öffentlichen Krankenkasse können wir den stetigen Anstieg der Prämien bremsen, dem Pseudo-Wettbewerb unter den Kassen einen Riegel schieben und das Wohl der Versicherten wieder in den Mittelpunkt stellen.

Seiten 3 bis 5

POSITIONEN



Die Basis hat grosse Vorbehalte gegenüber **staatlicher Überwachung** mithilfe von Datenspeicherung auf Vorrat und Trojanern.

Seite 13

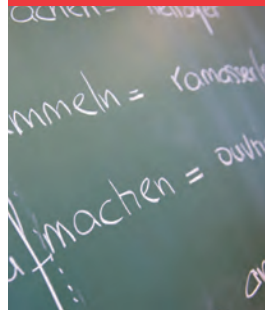
AKTUELL



In seinem neuen Buch «zerlegt» **Helmut Hubacher** Christoph Blocher Stück für Stück und erzählt Anekdoten aus sechzig Jahren Politerfahrung.

Seite 15

POSITIONEN



Als erste Fremdsprache muss zwingend eine **Landessprache** unterrichtet werden. Die Lehrpersonen sollen für den Unterricht mehr Unterstützung erhalten.

Seiten 16 und 17



Bei Annahme der Initiative würde das Filet mignon an Trüffelsauce im «Palace» St. Moritz gleich besteuert wie ein Liter Milch oder ein Brot im Laden.

Keine Steuergeschenke für Wirte

Die Initiative «Schluss mit der Mehrwertsteuer-Diskriminierung des Gastgewerbes» käme uns teuer zu stehen. Sie macht Steuergeschenke an Wirtinnen und Wirte auf Kosten aller anderen. Das ist unfair.

Die Mehrwertsteuer beträgt heute 8 Prozent. Eine Ausnahme bilden Nahrungsmittel. Wer mit solchen handelt, bezahlt nur 2,5 Prozent. Aus sozialer Sicht ist das richtig: Der tiefere Mehrwertsteuersatz für Lebensmittel entlastet vor allem Familien und Leute mit kleinem Budget. Denn in Haushalten mit tiefen Einkommen fallen die Ausgaben für Nahrungsmittel überdurchschnittlich ins Gewicht.

Sobald die Lebensmittel aufbereitet und mit einer Sitzgelegenheit und Service angeboten werden, unterliegen sie jedoch dem normalen Steuersatz von 8 Prozent. Gastro-Suisse möchte das mit seiner Initiative ändern und verlangt, dass Wirtinnen und Wirte von einem tieferen Steuersatz profitieren. Er soll demjenigen für Nahrungsmittel gleichgestellt und auf 2,5 Prozent gesenkt werden.

Würde die Initiative angenommen, könnte sie auf zwei Arten umgesetzt werden – beide sind unsozial und teuer:

Erstens: Das Parlament könnte den Mehrwertsteuersatz der Restaurants auf 2,5 Prozent senken. Das Filet mignon an Trüffelsauce im

Für die Steuergeschenke an die einen bezahlen alle andern mit höheren Steuern oder schlechteren Leistungen.

«Palace» St. Moritz würde dann gleich hoch besteuert wie ein Liter Milch oder ein Laib Brot im Laden. Für die Wirtinnen und Wirte wäre das erfreulich. Für alle anderen jedoch nicht, denn es würde grosse Steuerausfälle verursachen. Dem Bund entgingen jährlich 750 Mil-

lionen Franken, davon allein dem AHV-Fonds 75 Millionen, dem IV-Fonds 40 Millionen. Das ist ein teures Geschenk an die Wirtinnen und Wirte und – falls diese ihre Preise überhaupt senken würden – deren Gäste.

Zweitens: Die Initiative könnte auch so umgesetzt werden, dass keine Mindereinnahmen anfallen. Dann müsste der Steuersatz auf Nahrungsmittel aber auf 3,8 Prozent angehoben werden. Auch dieser Weg führt letztlich zu einer Umverteilung zugunsten der Gastrobranche. Die Haushalte würden durch höhere Lebensmittelpreise stärker belastet, Wirtinnen und Wirte dagegen beschenkt.

Während die Initiative einigen wenigen Vorteile bringt, müssen alle anderen die Zeche bezahlen, denn: Für die Steuergeschenke an die einen bezahlen alle andern mit höheren Steuern oder schlechteren Leistungen. Das ist unfair.

DARUM GEHT ES

Die Initiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes» von Gastro-Suisse will, dass Leistungen in Restaurants bei der Mehrwertsteuer dem Lebensmittelhandel gleichgestellt werden, für den ein ermässigtter Satz von 2,5 Prozent gilt.



Beat Jans
ist Nationalrat BS

Den Kassen-Dschungel lichten

Die Krankenkassenprämien steigen nächstes Jahr voraussichtlich erneut um 4,5 Prozent. Stoppen können wir die Prämienexplosion nur mit einer öffentlichen Krankenkasse. Sie setzt der Geldverschwendung und der Risikoselektion ein Ende. Und dank besserer Behandlungsmodelle bekommen wir die Kosten in den Griff.

Die Volksinitiative «für eine öffentliche Krankenkasse» will die heute über sechzig privaten Krankenkassen durch eine öffentlich-rechtliche Einrichtung mit kantonalen Agenturen ersetzen. Dadurch soll der heutige Kassen-Dschungel mit 300 000 verschiedenen Versicherungsprodukten gelichtet werden, dem unsinnigen Pseudowettbewerb wird ein Riegel geschoben und die unsoziale Jagd auf «gute Risiken» wird endlich gestoppt. Hausarzt-Modelle sowie vergünstigte Kinderprämien und Franchisen-Rabatte bleiben erhalten. Die Argumente für ein Ja zur öffentlichen Krankenkasse:

1 Pseudo-Wettbewerb auf Kosten der Versicherten beenden: Über sechzig private Krankenversicherungen veranstalten heute in der Schweiz einen teuren bürokratischen Pseudo-Wettbewerb. Um Profit zu machen, versuchen sie die «teuren Fälle» abzuschrecken. Für kranke und alte Menschen bedeutet dieser Kassen-Dschungel fiese Schikanen und unfaire Tricks.

2 Verschleuderung von Prämiegeldern verhindern: Jahr für Jahr verschleudern die privaten Krankenkassen über 300 Millionen Werbe-Franken, um der Konkurrenz junge, gesunde Versicherte abzugewinnen. Weitere Prämiegelder fliessen in politisches Lobbying und Abstimmungskampagnen. Manager und Verwaltungsräte verdienen sich eine goldene Nase. Für uns Prämienzahlerinnen und Prämienzahler bedeutet dieser Marketing-Unsinn immer noch höhere Prämien.

3 Prämien-Explosion stoppen und Gesundheitsversorgung sichern: AHV und Suva zeigen, dass öffentliche Versicherungen vorbildlich funktionieren und das Wohl der Versicherten in den Mittelpunkt stellen. Das ist auch bei der Krankenversicherung sinnvoll: Mit der öffentlichen Krankenkasse bekommen wir die Kosten unter Kontrolle und sichern unsere gute Grundversorgung. Der mühsame Prämienvergleich jedes Jahr entfällt.



Schluss mit dem Kassen-Dschungel: Anstatt sechzig private Versicherer soll es künftig nur noch eine öffentliche Krankenkasse geben.

DARUM GEHT ES

Die Volksinitiative «für eine öffentliche Krankenkasse» will, dass eine öffentlich-rechtliche Krankenkasse mit kantonalen Agenturen die Grundversicherung übernimmt. Bei den Zusatzversicherungen ändert nichts, Kinderprämien, Franchisen-Rabatte und die freie Arztwahl bleiben bestehen.

BREITE UNTERSTÜTZUNG

Die öffentliche Krankenkasse geniesst bis weit in die politische Mitte Sympathien – etwa beim langjährigen FDP-Präsidenten Franz Steinegger oder der Aargauer Ständerätin Christine Egerszegi. Unterstützt wird die Initiative von allen, welche wieder das Patientenwohl in den Mittelpunkt stellen wollen und nicht das Profitstreben der privaten Versicherungen. Über zwanzig Organisationen sind im Trägerverein zusammengeschlossen, darunter Patienten- und

Konsumentenorganisationen sowie Berufsverbände wie Physioswiss und die Pflegefachleute. Von den politischen Parteien sagt neben SP und Grünen auch die EVP Ja zur Initiative. Grosse Unterstützung erhält die Initiative zudem vom Ärztekomitee, in welchem sich mehrere hundert Ärztinnen und Ärzte für die öffentliche Krankenkasse einsetzen.

www.oeffentliche-krankenkasse.ch



Jacqueline Fehr
ist Nationalrätin ZH

«Die Risikoselektion wäre endgültig

Der Arzt René Haldemann erlebt in seiner Praxis, welche negativen Folgen die Jagd der Krankenkassen nach guten Risiken hat. Von einer öffentlichen Krankenkasse erhofft er sich vor allem, dass die Solidarität zwischen Gesunden und Kranken wieder funktioniert. Interview: Andrea Bauer

Herr Haldemann, was stört Sie am heutigen Krankenkassensystem?

Dr. med. René Haldemann: Ziel der Krankenkassen müsste es sein, uns Versicherten möglichst gute Leistungen zu möglichst niedrigen Kosten anzubieten. Das Problem ist aber, dass sich mit Risikoselektion wesentlich einfacher Geld verdienen lässt als mit Effizienzsteigerung bei der Behandlung von kranken Versicherten. Dies führt zu einem Pseudowettbewerb: Die Kassen machen Jagd auf gesunde Versicherte und versuchen gleichzeitig, die schlechten Risiken, also die Alten und Kranken, loszuwerden.

Wie funktioniert diese Risikoselektion?

Da gibt es viele Möglichkeiten. Mit Prämiensparmodellen, die speziell auf junge und gesunde Versicherte zugeschnitten sind, etwa die telefonische Beratung vor dem Arztbesuch oder Budgetmedizin. Telefonisch fahnden Makler gezielt nach günstigen Risiken, um sie zu einem Prämiensparmodell zu überreden. Wird eine Zuckerkrankheit oder ein Herzleiden erwähnt, ist das Gespräch rasch zu Ende. Versicherte mit ungünstigen Risiken werden vergrault, bis sie die Kasse wechseln. Einer meiner Patienten mit schwerer rheumatoider Arthritis, der teure Medikamente zur Unterdrückung des Immunsystems braucht, musste Wochen bis Monate auf die Kostenrückerstattung warten – und zwar wiederholt.

Müssen Sie Ihre Patienten unterschiedlich behandeln, je nachdem, wie und bei welcher Kasse diese versichert sind?

Ich behandle alle gleich, unabhängig von Krankenkasse und Versicherungsmodell, schliess-

lich habe ich ja auch nur ein Wartezimmer. Ich schliesse aber nicht aus, dass es Ärzte gibt, die wegen der Bürokratie, unter Budgetdruck oder drohendem Ausschluss aus einem Ärztenetz beim Verschreiben von teuren Behandlungen zurückhaltender geworden sind. Wissen Sie: Sobald im Computersystem der Kasse bestimmte teure Leistungspositionen auftauchen, erhalte ich als Arzt eine schriftliche Aufforderung, diese Behandlung zu rechtfertigen.

Sie haben als einer von wenigen die Verträge des regionalen Ärzte-Netzwerks mit den Kassen nicht unterschrieben. Warum?

Die Netzwerkärzte dürfen etwa ein oberes Limit bei den Durchschnittskosten nicht überschreiten. Gewisse Verträge verlangen vom Arzt zudem, dass er eine bestimmte Zahl von Patienten in ihrem Versicherungsmodell hat. Je nachdem, wie gut die Vorgaben erfüllt werden, gibt es Ende Jahr eine entsprechende Prämie. Wer die Limiten überschreitet, muss sich rechtfertigen und riskiert, aus dem Vertrag ausgeschlossen zu werden. Die Folgen sind schleichende Abhängigkeiten, Verlust der Therapiefreiheit und Gefahr der Rationierung. Darum bleiben kranke und ältere Versicherte lieber bei einer Standardversicherung mit freier Arztwahl oder einem traditionellen Hausarztmodell ohne Budgetverantwortung.

Merken Sie in Ihrer Praxis etwas von dieser Risikoselektion?

Ja. Weil die jungen und gesunden Versicherten zum Prämiensparen in die Netzwerke abwandern, habe ich praktisch nur noch Patienten mit freier Arztwahl und das Durchschnittsalter steigt stetig. Dementsprechend sind auch meine Kosten höher, denn ab 65 Jahren steigen die Durchschnittskosten exponentiell. Wenn ich aus Sicht der Kassen als Arzt zu teuer werde, muss ich mich rechtfertigen. Ich habe keine Angst, dass ich das nicht könnte, aber es ist sehr unangenehm.

Was tun Sie, damit Sie nicht in diese Situation geraten?

Sobald ich sehe, dass meine Kosten kritisch werden, mache ich mehr Überweisungen für Abklärungen und Behandlungen, die ich ei-



«Das Verfalldatum unseres Krankenkassen-Systems ist überschritten», sagt der Arzt René Haldemann.

gentlich auch selber erbringen könnte, verkürze die Sprechstundenzeiten oder mache sozusagen Zwangsurlaub. Während dieser Zeit werden meine Patienten anderswo behandelt, so fallen diese Kosten nicht bei mir an. Ich habe dadurch einen Verdienstaufschlag, muss aber wenigstens nicht rationieren.

Am 28. September stimmen wir über die Einführung einer öffentlichen Krankenkasse ab. Glauben Sie, dass sie die heutigen Probleme lösen könnte?

Ja. Mit einer einzigen öffentlichen Krankenkasse wäre das Problem der Risikoselektion endgültig vom Tisch. Die Solidarität zwischen Gesunden und Kranken, wie sie ursprünglich vorgesehen war, wäre hergestellt. Zudem könnten sich die Ärzte und andere Akteure paritätisch mit den Kassenvertretern auf Augenhöhe begegnen und gemeinsam zum Wohle aller, insbesondere der chronisch Kranken, ein effizienteres und solidarischeres Gesundheitswesen auf die Beine stellen.

ZUR PERSON

René Haldemann hat an der medizinischen Fakultät der Universität Zürich studiert und 1991 mit dem Arztdiplom abgeschlossen. Nebst der Tätigkeit als Assistenzarzt im Spital war er in der klinischen Forschung, der Gesundheitsökonomie und der medizinischen Statistik tätig. Als Allgemeininternist in Richterswil am linken Zürichseeufer arbeitet er seit 2005 in der Grundversorgung.

vom Tisch»



Kann eine öffentliche Krankenkasse auch die steigenden Gesundheitskosten bremsen?

Durch den Wegfall des Kassenlobbyismus in der Grundversicherung könnte auf politischer Ebene ein Rahmen definiert werden, der das Kostenwachstum wirklich dämpft. Der medizinische Fortschritt ist enorm. So können wir heute zum Beispiel bis ins hohe Alter Herzklappen ersetzen, ohne den Brustkorb operativ zu eröffnen. Noch vor ein paar Jahren war das undenkbar. Damit wir das Kostenwachstum trotz technologischem Fortschritt, veränderter Anspruchshaltung und demografischer Entwicklung im Griff behalten können, braucht es dringend eine koordinierte Versorgung über die ganze Behandlungskette. Mit einer öffentlichen Krankenkasse könnten wir die Kräfte auf dieses Ziel ausrichten. Im heutigen System ist das unmöglich. Die Kassen tragen keine Verantwortung für die Gesundheitskosten – steigen die Kosten, werden einfach die Prämien angepasst. Das heutige System hat ein Verfalldatum und das ist überschritten.



Tagung: Erfolgsmodell AHV

Freiburg, NH Hotel, 05.09.2014, 9:30 – 16:30 Uhr

Eine Tagung in Zusammenarbeit mit dem SGB zu Geschichte, Finanzierung und Zukunft des wichtigsten Sozialwerks der Schweiz.

Tagungsprogramm

- 10.00 Eröffnungsreferat:** Das Erfolgsmodell AHV stärken
Paul Rechsteiner (*Präsident SGB und Ständerat*)
- 10.30 Film des SGB von 1947:** «Lasst uns tapfer beginnen»
- 10.45 Referat:** Die Meilensteine der AHV-Geschichte
Diskussion im Anschluss an das Referat
Carola Togni (*Fachhochschul-Dozentin*), Moderation: Valérie Boillat (*Movendo*)
- 11.30 Referat:** Die Zukunft der Altersvorsorge liegt in der Stärkung der AHV – die Reform Altersvorsorge 2020 auf dem Prüfstand
Diskussion im Anschluss an das Referat
Doris Bianchi (*SGB*), Moderation: Christine Goll (*Movendo*)
- 12.15 Mittagspause**
- 13.30 Einleitung zu den vier Workshops** Ursula Hirt (*Movendo*)
- 1. Können wir uns die AHV in Zukunft noch leisten?**
Doris Bianchi (*SGB*) David Gallusser (*SGB*) Michel Schweri (*InFormAction*)
 - 2. Generationensolidarität: Alt und Jung – wir ziehen am gleichen Strick!**
Vreni Hubmann (*VASOS*) Anne-May Boillat (*Unia*) Jérôme Hayoz (*SEV*)
 - 3. AHV-Reform auf dem Buckel der Frauen?**
Christina Werder (*SGB*) Béatrice Despland (*Juristin*) Christine Goll (*Movendo*)
 - 4. Finanziert die Migration unsere AHV?**
Hans Mangold (*Sozialversicherungsexperte*) Hilmi Gashi (*Unia*) Rita Schiavi (*Unia*)
- 15.40 Pause**
- 16.00 Schlussvotum** Ruth Dreifuss (*Alt-Bundesrätin, angefragt*)

Kosten

Nichtmitglieder: Fr. 180.–
Mitglieder: kostenlos (Garanto, SEV, syndicom, Unia, vpod, Nautilus)

Anmeldung

Tagung: Erfolgsmodell AHV www.movendo.ch
Monbijoustrasse 61, Postfach, 3000 Bern 23
Telefon 031 370 00 70, Fax 031 370 00 71



Das war die erste Som

Donnerstag, 15 Uhr: 130 Genossinnen und Genossen zwischen 20 und 80 Jahren finden sich in einem kleinen Walliser Bergtal auf 2000 Meter über Meer im Grand Hôtel Chandolin ein. Die Aussicht auf mehrere Viertausender sowie das historische Gebäude von 1893 bieten den zwar einfachen, aber perfekten Rahmen für diese Retraite.

Eröffnung mit Simonetta Sommaruga

Nach Chandolin ins Grand Hôtel haben uns die Juso geführt, die dort oben seit mehreren Jahren ihr legendäres und erfolgreiches Juso-Sommerlager durchführen. So übergaben sie uns das Haus am Donnerstag, einige von ihnen blieben bei uns. Den Startschuss zur Sommeruni gab Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Sie wurde von zwei Geschäftsleitungsmitglie-

dern der Juso Schweiz befragt, gab dabei Persönliches preis, bezog dezidiert Stellung zu Fragen der Migrationspolitik, den Notwendigkeiten eines modernen Familienrechts oder den Baustellen in der Gleichstellungspolitik.

Grenzen des Wachstums, öffentliche Krankenkasse, 9. Februar

Da waren wir also in luftiger Höhe und konnten das tun, wozu uns im (Polit-)Alltag im Unterland oftmals die Zeit fehlt: den Kopf in Papiere stecken und intensive Diskussionen führen über Themen, die unter dem herrschenden Zeitdruck auf der Pendenzenliste nach hinten fallen, sitzen bleiben und nicht gleich zur nächsten Sitzung oder zur Arbeit rennen.

Das Bildungsangebot der Sommeruni war reich und vielfältig: Die Teilnehmenden konn-

ten über die Grenzen des Wachstums diskutieren oder alternative Wirtschaftsmodelle skizzieren. Der Waadtländer Gesundheitsdirektor Pierre-Yves Maillard referierte zur öffentlichen Krankenkasse und der Spitzendiplomat Luzius Wasescha erklärte das Verhältnis der Schweiz zu Europa und zeigte auf, welche Handlungsoptionen nach dem 9. Februar zur Debatte stehen. Wer Lust auf Handwerklicheres hatte, konnte sich Tipps und Tricks abholen in den Modulen zur Öffentlichkeitsarbeit, zu erfolgreichen Kampagnen oder zur Stärkung der Sektionen.

Die Mischung macht's

So vielfältig die Bildungsangebote waren, so unterschiedlich waren auch die Teilnehmenden. Die Mischung machte das gewisse Etwas

STATISTIK ZUR ERSTEN SOMMERUNI DER SP SCHWEIZ: 44 STUNDEN BILDUNGSREFERENTINNEN 1 STUNDE LESUNG MIT AUTOR ANDRI PERL («DIE LUKE») 266 KONSGEFÜLLTE POULETSCHENKELI 39 KG LASAGNE UND ÜBERHAUPT DIE BESTE KOCH-C LIERTES SCHLAFDEFIZIT 18293 TANZSCHRITTE 1215 STICHE (JASS), 1 STICH (WESPI



meruni!

aus. Da trafen gestandene Nationalrätinnen auf Kantonalpartei-Präsidentinnen und Parteisekretäre. Mitglieder von Gemeindelegislativen auf langjährige Basismitglieder, die im Hintergrund arbeiten. Jung auf Alt, Urban auf Ländlich, Welsche auf Deutschschweizer, Frühaufsteher auf Partytiger – die ganze Breite der SP war versammelt.

Wie und ob das Konzept der Sommeruni weitergeführt werden soll, wird nun evaluiert. Die ersten Reaktionen waren praktisch durchwegs positiv und motivierend. Ausserdem werden wir die Rückmeldungen der Teilnehmenden, die mittels eines Evaluationsbogens gesammelt wurden, berücksichtigen. Eines können wir jedoch jetzt schon sagen: Die erste Sommeruni war ein Erfolg, bevor sie überhaupt gestartet wurde. Nicht wenige Interes-

sierte mussten nämlich abgelehnt werden, weil die Teilnehmerzahl beschränkt war.

Sonntag, 7.30 Uhr: Müde, aber zufriedene Gesichter treffen zum letzten Mal beim Frühstück zusammen und helfen anschliessend bei den vielen Arbeiten, die vor der Abreise noch erledigt werden müssen. Ein letzter Blick auf das Panorama und ein «Au revoir», dann sitzen wir wieder im Postauto und verlassen das Val d'Anniviers in alle Himmelsrichtungen.



Flavia Wasserfallen
ist Co-Generalsekretärin
der SP Schweiz

STANDPUNKT



Leyla Gül
Co-Generalsekretärin

Das sind wir

Chandolin, 9. August, 10 Uhr. Die Sonne bricht hinter dem Nebel hervor und durchflutet das Tal mit Licht. Aus dem Grand Hôtel Chandolin sind leise Stimmen zu hören. Im Wintergarten übt Mediensprecher Michael Sorg mit zwanzig GenossInnen, wie man am effektivsten twittert. Im Speisesaal streitet eine Gruppe von Mitgliedern mit Beat Jans und Thomas Göttin über die Frage, welches Wachstum sinnvoll und nötig ist (selbst die Referenten sind sich nicht einig). Im 3. Stock eröffnet Wirtschaftsprofessor Samuel Bendahan seinen Workshop mit einer Frage: Welche Länder haben weltweit die grösste Vermögensungleichheit?* Und im Kaminzimmer stellt Ruedi Rechsteiner die TeilnehmerInnen auf die aktuellen Herausforderungen der geplanten Altersreform ein.

Wachstum, Verteilung, Demokratie, Partizipation, Kommunikation, Geschichte. In die Stimmen mischt sich Kinderlachen, das vom nahen Spielplatz herüberschallt. Jonas und Leona basteln mit den Kindern der TeilnehmerInnen ganz unpazifistisch Pfeile und Bögen. In der Küche taucht die JUSO-Kochcrew auf und trifft die ersten Vorbereitungen fürs heutige Abendessen. Tätschmeisterin Ladina schreibt bereits wieder den Ämtliplan um. Auf der Treppe zeugen Bierflaschen von einer langen, durchzechten Nacht. Französische Schnulzen an der Bar. Hip-Hop im Partykeller. Epische Debatten darüber, welche Region den besten Wein hervorbringt. Überraschende Tanzeinlagen von älteren Genossen. Verbissene Jassturniere zwischen Romands und Deutschschweizern. Und immer wieder Diskussionen über Verteilung, Arbeit, Gerechtigkeit, Gleichheit, Leben.

An diesem Morgen, in diesem Moment, ist es wieder da, dieses Gefühl. Es ist die Auseinandersetzung, die uns zusammenhält, die Bewegung, Politik und Freundschaft. Das sind wir.

*Simbabwe, Schweiz, USA.

**UND EBENSO VIELE STUNDEN KINDERPROGRAMM 26
UMIERTE FLASCHEN WALLISER WEIN 1 BUNDESRÄTIN 130
REW DER WELT! 1 PARTEIPRÄSIDENT 12 STUNDEN KUMU-
E) 3 APÉROS 4 VIERTAUSENDER IM PANORAMA 9 KINDER**

Wir sind die Zukunft der SP

Die Schweizer Parteien haben mit Überalterung und Mitgliederschwund zu kämpfen, auch die SP Schweiz ist davon nicht ausgenommen. Es gilt daher die Partei zu verjüngen und einen starken Nachwuchs aufzubauen. Dazu beitragen soll die SP/JUSO-Doppelmitgliedschaft.

Die SP Schweiz lebt als politische Bewegung von ihren Mitgliedern. Sie sind das Rückgrat für unsere Kampagnen- und Mobilisierungsfähigkeit. Um unsere politische Vision voranzutreiben, ist es daher von grösster Bedeutung, unsere Mitgliederbasis stetig auszubauen. Die SP leidet aber wie die anderen Schweizer Parteien unter einem tendenziellen Mitgliederschwund und Überalterung.

Die JUSO wächst und wächst

Ganz anders bei der JUSO Schweiz: Seit 2008 wuchs die Mitgliederzahl von rund 800 Mitglieder auf heute rund 3200 an. Von einer kaum beachteten Jungpartei wandelte sie sich zur aktivsten und grössten politischen Jugendbewegung der Schweiz. Mit ihrer Kampagnenfähigkeit und ihrem Aktivismus übertrifft die JUSO heute auch die meisten etablierten Parteien. Während es beispielsweise die FDP nicht schafft, in 18 Monaten genügend Unterschriften für eine Volksinitiative zu sammeln, schaffte dies die JUSO für die Spekulationsstopp-Initiative in nur 11 Monaten.

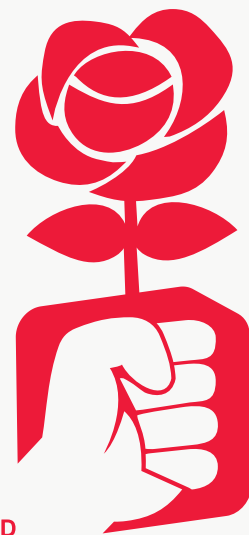
Von der JUSO in die SP

Die SP Schweiz ist aus zweierlei Gründen darauf angewiesen, dass die Mitglieder der JUSO früher oder später auch aktive Mitglieder der SP werden: Einerseits motiviert die JUSO viele junge Menschen für die Politik und die Werte der Sozialdemokratie. Die SP muss jünger werden und die Mitgliederzahl wieder wachsen – hier kann die JUSO mithelfen. Andererseits durchlaufen die JUSO-Mitglieder eine wertvolle politische Bildung in inhaltlichen und handwerklichen Bereichen. Dieser Aktivismus und die Begeisterung für linke Politik muss unbedingt erhalten bleiben und es liegt im Interesse von uns allen, dass die JUSOs ihre Energie und ihr freiwilliges Engagement auch in der Mutterpartei einbringen und der SP neuen Schwung verleihen.

Kostenlose Doppelmitgliedschaft

Im Gegensatz zu anderen Jungparteien sind die Mitglieder der JUSO nicht automatisch auch Mitglieder der SP. Dennoch ist es natürlich sehr erwünscht, dass die JUSOs auch Mitglied der SP sind und damit die SP stärken. Um die Hürden für eine SP-Mitgliedschaft zu senken und möglichst viele JUSOs auch zu einer Mitgliedschaft in der SP zu motivieren, besteht bereits seit ein paar Jahren die Möglichkeit, auf Antrag kostenlos Doppelmitglied von SP und

MISCH DIE SP AUF



WERDE GRATIS
SP/JUSO
DOPPELMITGLIED

Als JUSO-Mitglied kannst du bis 26 kostenlos Mitglied der SP sein. Hier erfährst du, wie du dich anmelden kannst: www.juso.ch/juso-sp-doppelmitgliedschaft/

JUSO zu sein. Diese Regelung ist bis zum 26. Lebensjahr möglich. Die kostenlose Doppelmitgliedschaft entstammt dem Gedanken, dass die grösste Hürde für die SP-Mitgliedschaft bei jungen Leute respektive JUSOs darin besteht, dass sie sich als Schülerinnen oder Studierende einen zusätzlichen Mitgliederbeitrag neben dem Beitrag an die JUSO nicht leisten können.

In Zusammenarbeit mit der SP Schweiz wird dieses Jahr die Doppelmitgliedschaft stärker beworben; Postkarten mit dem Aufruf SP-Mit-

glied zu werden, gehen an alle JUSOs. Wir sind die Zukunft der Sozialdemokratie! Die Einbindung der jungen Kräfte in die Partei muss deshalb unser Ziel sein.

Dario Schai
ist Zentralsekretär
der JUSO Schweiz



ANZEIGE



Seit 35 Jahren unterstützt Oikocredit benachteiligte Menschen mit fairen Darlehen. Helfen auch Sie mit, indem Sie Anteilscheine von Oikocredit zeichnen. Legen Sie Ihr Geld sozial verantwortlich und nachhaltig bei Oikocredit an.

www.oikocredit.ch
044 240 00 62



NOTWENDIGE GRUNDSATZDISKUSSION AUCH IN DER SP

Ohne Mitbestimmung keine erfolgreiche Migrationspolitik

«No taxation without representation» wurde bereits von der US-Bürgerrechtsbewegung aufgegriffen, um strukturelle Diskriminierung anzuprangern. Mit dem gleichen Ansatz sollte auch die SP die Repräsentationspolitik stärken.

Die Auswahl der Schweizer Fussballnationalmannschaft präsentierte sich an der WM in Brasilien so ganz anders als der politische Momentanzustand: Sie zeichnete das Bild einer vielfältigen und spannenden Gesellschaft, ein Bild bestehender Realitäten. Das andere, leider vorherrschende Bild vermittelte uns wiederum das SRF-Rahmenprogramm zur WM, in welchem der Moderator den Schweizer Gast mit ghanaischen Wurzeln sinngemäss fragte, was denn der Unterschied zwischen Nigeria und Ghana sei, denn für uns sei ja Afrika alles dasselbe. Erschreckend war dabei nicht nur das Reproduzieren von kolonialen Denkmustern zur besten Sendezeit, sondern auch, dass sich der Moderator keines Fehlverhaltens bewusst war. Dahinter steckt ein künstlicher Selbstentwurf der modernen Nation Schweiz, welcher tief im Selbstverständnis der Gesellschaft verankert ist.

Moderne geistige Landesverteidigung

Um solch problematische Bilder aufzuweichen, braucht es im Prozess der gesellschaftlichen Bewusstseinsbildung vor allem auch den Einbezug der migrantischen Bevölkerung.

Migrationspolitik ist somit zwingend auch migrantische Politik – mit anderen Worten Repräsentationspolitik. Die SP Schweiz hat diesen Aspekt mit der «SP MigrantInnen» insofern in Angriff genommen, als der Anteil an Personen mit «Migrationshintergrund» in wichtigen Parteigremien erhöht werden soll. Ein grundsätzliches Problem stellt aber das Fundament dieser Suborganisation dar: der Startschuss zu ihrer Arbeit wurde gleichzeitig mit der Verabschiedung des sogenannten Migrationspapiers anlässlich des Parteitags in Lugano im September 2012 abgegeben. Ein erneuter Blick ins Inhaltsverzeichnis zeigt, dass in diesem Papier sicher vieles aufgegriffen, aber ganz bestimmt keine migrantische Perspektive eingenommen wird. Damit hat sich die SP Schweiz dem migrationspolitischen Basiskompromiss gefügt, wonach ständig über die bestimmt wird, die nicht mitbestimmen dürfen.

Paradigmenwechsel angezeigt

Die Folgen einer verfehlten Migrationspolitik können zum Beispiel zu institutioneller Diskriminierung führen und sind für die migrantische Bevölkerung sowohl politisch als

auch rechtlich und sozial bedeutsam. Deshalb ist eine Politisierung der Migrationsdiskussion jenseits der Politik der Staatsbürgerschaft zentral – vom demokratischen Prozess ist fast ein Viertel der Bevölkerung ja sowieso ausgeschlossen. Ethnische Ungerechtigkeit als Teil der sozialen Ordnung zu erkennen, die angegangen werden muss, würde einem Paradigmenwechsel entsprechen und ist im aktuell herrschenden politischen Klima schwierig zu bewerkstelligen. Nichtsdestotrotz ist ein entsprechendes Umdenken nötig und ab sofort auf allen Ebenen anzustreben.

Die SP hat in der Vergangenheit schon unter Beweis gestellt, dass sie eine neue soziale Bewegung mittragen und sich damit selbst erneuern kann. Schlussendlich bedeutet demokratischer Sozialismus auch, die Öffentlichkeit mit unseren Idealen einer gerechten Gesellschaft zu konfrontieren. Damit diese Idealvorstellung aber glaubwürdig eingefordert werden kann, muss sie zuerst in unseren eigenen Parteistrukturen umgesetzt sein.

Halua Pinto de Magalhães
Stadtrat Bern SP, Co-Präsident
Secondo@s Plus Schweiz



Am Parteitag in Lugano im September 2012 wurde das SP-Migrationspapier diskutiert und verabschiedet.

Schulferien: Tagesschule zu –

Die Tagesschulen sind eine Erfolgsgeschichte. In den Ferien sind diese jedoch zu. Was ist mit den Tagesschulkindern, wenn die Eltern nur vier bis fünf Wochen Ferien haben, wenn also «Ferienlöcher» in der Betreuung entstehen? Das ist ein Thema für die SP, meint Regiolinks. Am Beispiel von Köniz zeigt Annemarie Berlinger, wie sich die SP für die Ferienbetreuung von Kindern engagiert, und Ursula Marti berichtet über ihren Vorstoss im Grossen Rat. Regiolinks fragte auch bei grösseren Gemeinden der Region Bern nach.

FERIENLÖCHER FÜLLEN



2013 positiv dazu und der Vorstoss wurde im Könizer Parlament einstimmig überwiesen – über die Parteigrenzen hinweg war man sich einig, dass die Gemeinde eine Ferienbetreuung für Schulkinder an die Hand nehmen sollte. Mittels Planungsbeschluss wollte die SP dann im Juni 2014 einen jährlich wiederkehrenden fixen Betrag ins Budget stellen, hier blieb es allerdings dann bei den schönen Worten und sämtliche anderen Parteien lehnten das Vorhaben ab. Zu gross waren die Bedenken, sich so zu einer «freiwilligen Aufgabe» zu verpflichten. So ist in der Gemeinde Köniz zwar ein Angebot

Dienstag und Freitag sind die Tagesschultage unserer drei Mädchen und wir Eltern arbeiten beide an diesen Tagen. Ein jähes Ende findet diese patente Lösung

«Ferienbetreuung ist ein wichtiges Puzzleteil in der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.»

bislang allerdings während der Ferien. Die Tagesschule bleibt geschlossen und Organisations-talent ist gefragt: Pfadilager? Zu einer Freundin? Zum Gotti?

Zum Glück ist nun Anfang Juli ein Zettel ins Haus geflattert: Zum ersten Mal bietet die Gemeinde Köniz auch in den Herbstschulferien während zwei Wochen eine Ferienbetreuung für Schulkinder an. Für nächstes Jahr sind acht Wochen versprochen, falls das Gemeindebudget dies erlaubt.

Die SP Köniz verlangte Ende 2012 mit einem Vorstoss im Parlament die Schaffung einer Ferienbetreuung, zeitgleich mit einer Petition des Elternrates mit dem gleichen Anliegen. Der Gemeinderat äusserte sich im Frühling

für Ferienbetreuung am Entstehen – jedoch ohne finanzielle Absicherung und damit immer noch verbunden mit einer grossen Unsicherheit für die Familien.

Die SP Köniz wird sich weiterhin für eine zuverlässige Ferienbetreuung einsetzen – der Bedarf ist unbestritten und es geht um ein wichtiges Puzzleteil in der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Kantonale Vorschriften müssten Betreuung während der Schulzeit und den Ferien gleichstellen und würden Familien so ermöglichen, ein Betreuungsmodell ohne «Ferienlöcher» zu wählen.

*Annemarie Berlinger Staub,
Fraktionspräsidentin SP Köniz*

BITTE IM DOPPELPAK!



ben, auch auf die Ferienbetreuung auszuweiten. Im Schuljahr 2011/12 führten 158 Gemeinden oder Gemeindeverbände ein Tagesschulangebot ein. Damit haben 83 Prozent aller Schulkinder (inkl. Kindergarten) des Kantons Bern die Möglichkeit, eine Tagesschule zu besuchen. Bei der Ferienbetreuung sind es erst 33 Prozent. Das Ziel muss sein: Wo eine Tagesschule besteht, gibt es auch eine Ferienbetreuung!

Ich setze mich dafür ein, dass sich auch der Kanton für die Ferienbetreuung engagiert. Er soll die Gemeinden fachlich unterstützen (mit Beratung, Arbeitsinstrumen-

Dabei ist wesentlich, dass die Ferienbetreuung für die Eltern finanziell tragbar ist. Das geht nur, wenn sich Gemeinden und Kanton beteiligen. Zu Recht: Ne-

«Neben dem pädagogischen Wert ist das Kombi Kita/Tagesschule/Ferienbetreuung auch zu einem Wirtschaftsfaktor geworden.»

ten, Best-Practice-Beispielen), sich aber auch finanziell an den Angeboten beteiligen. Zurzeit hängt es alleine von der Gemeinde ab, ob ein Angebot besteht. Grössere Gemeinden haben längst reagiert und Ferienbetreuungsangebote eingerichtet. Nun sind auch mittlere und kleinere Gemeinden im Zugzwang, denn die Nachfrage nach Ferienbetreuung ist gross. Dies ist nur logisch: Sie ist die notwendige Ergänzung zur Tagesschule, damit Eltern einer Erwerbstätigkeit nachgehen können. Die Eltern haben meist vier bis fünf Wochen Ferien, die Kinder 13 bis 14 Wochen.

Das Ziel muss sein, die gute Abdeckung mit Tagesschulen, die wir im Kanton erreicht ha-

ben dem pädagogischen Wert ist das Kombi Kita/Tagesschule/Ferienbetreuung auch zu einem Wirtschaftsfaktor geworden. Es erlaubt beiden Elternteilen erwerbstätig zu sein und schafft einen volkswirtschaftlichen Mehrwert, insbesondere höhere Steuereinnahmen.

Ursula Marti, Grossrätin Bern

IMPRESSUM

Herausgeberinnen: SP Region Bern-Mittelland und SP Stadt Bern, Monbijoustrasse 61, Postfach 1096, 3000 Bern 23, 031 370 07 90, bern@spbe.ch, www.spmittelland.ch, www.spbern.ch

Redaktion: Marieke Kruit, Christa Luginbühl, Ursula Marti, Christoph Salzmann, Michael Sutter

Ferienbetreuung gesucht

Helke Grasser/express



Ferienbetreuung in der Agglomeration Bern

Regiolinks wollte wissen, wie es um die «Ferienlöcher» steht, und startete eine Umfrage bei den SP-Sektionen der Gemeinden in der Region Bern, die über 9000 Einwohnerinnen und Einwohner zählen.

Von den zehn Gemeinden kennen bereits acht ein Angebot,

das in einigen Gemeinden unter dem Begriff «Ferieninsel» geführt wird. In einer weiteren wird es geplant. Die SP hat zumeist den Impuls gegeben. Das ist erfreulich. Wie die Tabelle zeigt, sind die Angebote allerdings recht verschieden. Widerspiegelt dies die unterschiedlichen politischen

Bedingungen in den Gemeinden? Oftmals wird die Erstellung des Angebots von der Situation der Gemeindefinanzen abhängig gemacht.

Die SP muss weiterhin aktiv bleiben. Eine bedarfsgerechte und ausreichende Ferienbetreuung soll schliesslich zum selbstver-

ständlichen Service public werden.



Christoph Salzmänn,
Co-Präsident SP Köniz

FERIENBETREUUNG IN AUSGEWÄHLTEN GEMEINDEN DER AGGLOMERATION

Gemeinde	Angebote	Priorität (bevorzugt)	Preis/ pro Tag (in Franken)	Trägerschaft
Bern	11 Wochen	Tagesschulkinder	24.-	Gemeinde
Ittigen	Ist in Planung			
Köniz	8 Wochen	Fremdbetreute Kinder	Tagesschultarife*	Gemeinde
Münchenbuchsee	4 Wochen	Fremdbetreute Kinder	80.-	Gemeinde
Münsingen	9 Wochen	Tagesschulkinder	40.- für 1. Kind, 30.- ab 2. Kind	Gemeinde
Muri-Gümligen	7 Wochen	Für alle	100.-**	privat
Ostermundigen	6 Wochen	Für alle	30.- (subv.)	
Worb	7 Wochen	Für alle	100.-**	privat
Zollikofen	Ab 2015 7 Wochen	Tagesschulkinder	20.- bis 85.- je nach Einkommen und Zahl der Kinder***	Gemeinde

* Tagesschultarife sind nach Einkommen abgestuft. Verpflegung zusätzlich Fr. 12.-

** Unterstützung der Gemeinde mit Fr. 20.- bei Einkommen unter Fr. 80 000.-; Fr. 40.- bei EK unter Fr. 60 000.-

*** Verpflegung zusätzlich Fr. 11.- pro Tag

BUNDESANWALTSCHAFT REHABILITIERT MARCOS BUSER

Was darf die Öffentlichkeit über AKW und deren Müll wissen?

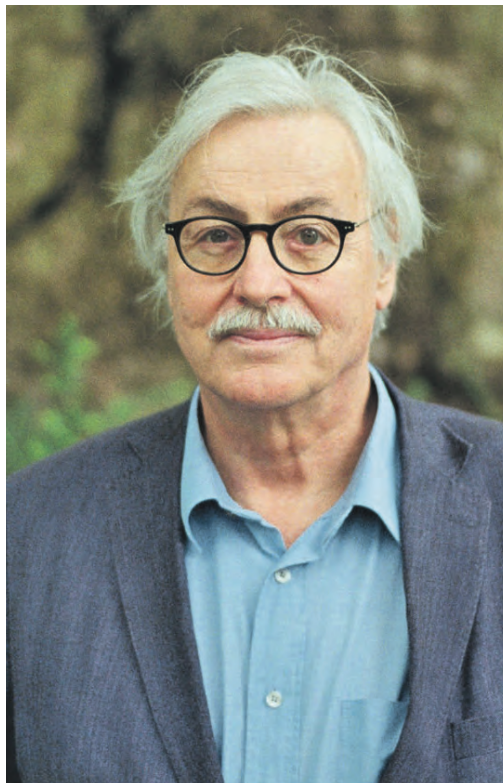
Der Zürcher Geologe und Experte für radioaktive Abfälle Marcos Buser hat von der Bundesanwaltschaft Recht bekommen. Sie hat die gegen ihn laufende Strafuntersuchung wegen Amtsgeheimnisverletzung eingestellt. Der Entscheid dürfte in Zukunft für die Beurteilung von Whistleblowing wegweisend sein.

Am 7. Oktober 2012 berichtete die «Sonntagszeitung» über ein ihr zugespieltes internes Nagra-Papier, das die Auswahl von zwei Standorten, Bözberg und Zürcher Weinland, für ein Atommüllendlager belegte. Das Auswahlverfahren mit sechs möglichen Standorten lief aber noch – angeblich. Der renommierte Geologe und Experte für radioaktiven Abfall Marcos Buser hatte das vertrauliche Papier der Sonntagszeitung zugespielt. Die Enthüllung warf viel Staub auf und vergrösserte das Misstrauen gegenüber Nagra¹ – und Ensi². Dies auch, da die Geologen Walter Wildi und Marcos Buser wenige Monate zuvor den «Beirat Endlager» des UVEK (Wildi) beziehungsweise die Eidgenössische Kommission für nukleare Sicherheit (Buser) verlassen hatten, teilweise unter offenem Protest wegen mangelnder Unabhängigkeit und Professionalität von Nagra und Ensi.³

In dieser Sache eröffnete die Bundesanwaltschaft (BA) im Oktober 2012 ein Verfahren wegen Amtsgeheimnisverletzung. In dessen Verlauf wurden im September 2013 Wildi und Buser als Zeugen einvernommen und Buser, der «(einräumte), die fragliche Aktennotiz ... der Sonntagszeitung zugespielt zu haben»⁴, stracks angeklagt. Der selbständige Unternehmer Marcos Buser erlitt in der Folge massive Auftrags- und Einkommenseinbussen.

Gute Nachricht für Whistleblower

Nun wurde nach langen und in der Einstellungsverfügung minutiös beschriebenen Abklärungen das Verfahren gegen Marcos Buser am 4. Juni 2014 eingestellt. Buser hatte das Nagra-Dokument eigentlich geheim halten wollen. Erst nach mehrfachen Versuchen, «immerhin über ca. 9 Monate», über den Amtsweg zum Ziel zu kommen, nämlich einer Abklärung über die Unabhängigkeit und Professionalität der mit Atommüll befassten Stellen, gab er es der Sonntagszeitung. Zu recht, wie die BA befand. Buser habe zwar den «Tatbestand durch Offenbarung eines Geheimnisses» erfüllt. Jedoch komme dabei «allfälligen Rechtfertigungsgründen ... erhebliche Bedeutung zu». Das heisst: Wenn diese «ein ... notwendiges und angemessenes Mittel ist, sie insoweit den



Johannes Ruessch

einzigen möglichen Weg darstellt und offenkundig weniger schwer wiegt als die Interessen, die der Täter zu wahren sucht». Die BA schreibt, Buser habe «betreffend das Sachplanverfahren, bei dem es um die Standortsuche von radioaktiven Abfällen gehe, stets aus ethischen Gründen für Klarheit sorgen wollen, da es die Nachfolgenerationen betreffe. ... Die Schweizer Bevölkerung habe Anspruch darauf zu wissen, wo die Nagra allfällige Standorte ortet und eventuell vorselektioniert. Jeder Experte komme dabei in eine moralische Verpflichtung.» Marcos Buser wurden keine Verfahrenskosten auferlegt, die Kosten für seinen Anwalt wurden vom Bund erstattet.

Der Entscheid ist ein Präzedenzfall für Whistleblowing-Verfahren. Aber nicht alle Whistleblower gehen immer straffrei aus. Der Fall Zopfi/Wyler in Zürich zum Beispiel, die der «Weltwoche» Kundendaten zur Belegung von Sozialhilfemissbrauch lieferten und letztinstanzlich verurteilt wurden, lag anders: Der

Amtsweg war umgangen worden. Hier braucht es nach Jean-Pierre Méan, Präsident von Transparency International, einen Ausbau des Kündigungsschutzes und eine Meldestelle – was der Bundesrat aber ablehnt.

Für Marcos Buser ist dieser Abschluss des Verfahrens «fast nur positiv». Beruflich und moralisch ist er rehabilitiert. Aber immer noch legen ihm Bundesstellen Steine in den Weg, so bei Projekten, die ihm übernational anvertraut worden seien, berichtet er. Buser will jetzt ein Buch über seine jüngsten Erfahrungen schreiben. Wir sind gespannt darauf.

Öffentlichkeitsprinzip für Nagra?

Der Skandal um das veröffentlichte Nagra-Papier hatte Folgen im Nationalrat. Am 28. November 2012 verlangte Max Chopard-Acklin mit 22 Mitunterzeichnenden aus SP, Grünen und SVP per Motion die Einführung des Öffentlichkeitsprinzips für die Nagra. Der Bundesrat lehnte die Motion ab: Die Nagra sei eine privatrechtliche AG. In der Beratung der Motion am 17. Juni 2014 argumentierte Max Chopard, «dass das Sicherheitsbewusstsein steigt, wenn Institutionen wie in diesem Fall die Nagra gezwungen sind, transparent zu handeln». Auch stelle sich die Frage, warum im vorliegenden Fall die BA auf Amtsgeheimnisverletzung untersucht habe, wenn die Nagra nicht eine amtliche Stelle sei? Worauf Bundesrätin Doris Leuthard entgegnete, man müsse «da natürlich zwischen blossem «Gwunder» und öffentlichem Interesse unterscheiden». Zudem habe «der Berg eine Maus geboren – all diese Verfahren wurden eingestellt». Mit 120 gegen 70 Stimmen wurde die Motion abgelehnt. Max Chopard war trotz der arroganten Antwort der Bundesrätin höflich geblieben. Das Problem besteht weiter. Was hat der Bundesrat zu verbergen?

¹ Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle

² Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat

³ Siehe links.ag 142, Dezember 2013, S. 14: «Der Kritiker bezahlt teuer».

⁴ Bundesanwaltschaft, Einstellungsverfügung in der Strafuntersuchung SV.12.1525 vom 4. Juni 2014, S. 3

Katharina Kerr von Aarau
ist Redaktorin links.ag.



Schnüffeln verboten

Die Delegiertenversammlung Ende Juni hat klargemacht: Die Basis hat grosse Vorbehalte gegenüber staatlicher Überwachung mithilfe von Datenspeicherung auf Vorrat und Trojanern.

Mit 135 zu 74 Stimmen stimmten die Delegierten in Winterthur einer Resolution der SP Appenzell Innerrhoden zu, welche die Revision des Bundesgesetzes zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BüPF) betrifft. Die Resolution verlangt:

- Die Speicherung der Randdaten der Telekommunikationsanbieter darf nicht auf zwölf Monate ausgedehnt werden.
- Der Einsatz von «Schnüffelsoftware» (Trojaner) ist ersatzlos zu streichen.
- Werden diese Forderungen nicht erfüllt, soll die SP die Unterstützung des Referendums gegen die Gesetzesrevision erwägen.

Keine Datenspeicherung auf Vorrat

Bereits die anlasslose systematische Sammlung der Telekommunikations-Randdaten von Bürgerinnen und Bürgern – und nicht erst deren Verwertung – ist ein Grundrechtseingriff, ein Verstoß gegen den Schutz des Privat- und Familienlebens, gegen das informelle Selbstbestimmungsrecht. Sie bedeutet, dass über die Dauer von Telefongesprächen, die Ortung der Mobiltelefone, die Kommunikationspartner, Zuweisung der IP-Adressen, Betreffs von E-Mails und so weiter Profile unseres Lebens und unseres Umfelds erstellt werden können. Das macht uns zu gläsernen Bürgerinnen und Bürgern und zu Verdächtigen. Die Anbieter von Fernmeldediensten sollen neu diese Randdaten des Fernmeldeverkehrs ihrer Kundinnen und Kunden zum Zweck der Strafverfolgung während zwölf Monaten (heute sechs) aufbewahren.

Kritik in der EU

Die Vorratsdatenspeicherung steht auch in der EU in der Kritik. Der Europäische Gerichtshof erklärte am 8. April dieses Jahres eine – allerdings weiter gehende (bis 24 Monate) – Richtlinie der EU zur Vorratsdatenspeicherung als grundrechtswidrig. Der deutsche SPD-Justizminister Heiko Maas legte die Vorratsdatenspeicherung auf Eis. «Die Vorratsdatenspeicherung widerspricht der Europäischen Menschenrechtskonvention und unserem Menschenrechtsverständnis», zitierte JUSO-Präsident Fabian Molina an der DV den datenschutzpolitischen Sprecher der SPÖ, Harry Buchmayr. Der Verfassungsgerichtshof Österreich hat die Gesetze zur Vorratsdatenspeicherung kassiert.

«Dass mehr Überwachung automatisch zu mehr Sicherheit führt, ist ein Trugschluss.»

Aus der eigenen Geschichte lernen

Es darf nicht sein, dass im Namen der Strafverfolgung respektive der Sicherheit jeder Grundrechtseingriff gerechtfertigt werden kann. Aus der Geschichte muss man lernen. In den 1980er-Jahren wurden von über 900 000 Personen und Organisationen Fichen angelegt. Betroffen waren vor allem linke Politikerin-



Der gut aussehende Agent mit der Fotokamera gehört der Vergangenheit an – heute funktioniert Überwachung subtiler.

Einschleusen von Schnüffelsoftware

Noch weit gefährlicher ist der Einsatz von Staatstrojanern zum Zweck der Schnüffelei. Diese Trojaner, die ein verstecktes Programm in Computersysteme einschleusen, können ganze Systeme ausspionieren und infizieren. Der Einsatz von Trojanern birgt ein grosses Missbrauchspotenzial. Bislang war niemand in der Lage, Kosten und Nutzen ihres Einsatzes zu beziffern. Deshalb verlangt die Resolution zu Recht, dass das BüPF den Einsatz von Trojanern nicht rechtlich legitimieren soll.

nen, kritische Bewegungen und Gewerkschaften. Die Gesinnungsschnüffelei ging weiter: Zwischen 2005 und 2007 wurden die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) und Attac in Genf bespitzelt.

Das Parlament muss den Gesetzesentwurf im Sinne der Resolution zum Schutz unserer Grundrechte korrigieren. Es wird dann an den Delegierten sein zu entscheiden, ob das Resultat befriedigt oder mit einem Referendum bekämpft werden muss. Der Widerstand ist bereits formiert.

Die Revision des BüPF öffnet die Türen zu mehr Schnüffelei. Die Verschärfungen stehen unter der Prämisse, dass mehr Überwachung automatisch zu mehr Sicherheit führt. Dies ist ein Trugschluss. Wir wollen mehr Schutz der Grundrechte und weniger Schnüffelstaat. Dafür muss sich die SP einsetzen – gerade auch zur Wahrung der Sicherheit.



Susanne Leutenegger Oberholzer
ist Nationalrätin BL

Fluch oder Segen?

Personalisierte Medizin heisst das Zauberwort im Gesundheitswesen. Sie verspricht neue Heilungschancen für Kranke, vor allem aber goldene Zeiten für die Pharma. Diese fordert immer noch fettere Pfründen, aktuell bei der Revision des Heilmittelgesetzes.

Nicht jedes Medikament wirkt bei allen Menschen gleich. Statt eine Krankheit mit herkömmlicher Behandlung zu bekämpfen, bietet die personalisierte Medizin Therapien an, die sich an der individuellen genetischen Veranlagung orientieren. Gentests sollen es ermöglichen, Diagnose und Therapie spezifisch auf einzelne Patientengruppen oder bestimmte Tumortypen abzustimmen, Behandlungen zielgerichtet zu gestalten, um Nebenwirkungen und Folgekosten zu vermeiden. Unser Erbgut enthält auch Informationen über allfällige Risiken, an bestimmten Leiden zu erkranken. Sind diese bekannt, kann man gezielt vorbeugen – ein Hoffnungsschimmer für Menschen mit der genetischen Veranlagung zu einer seltenen Krankheit.

Goldgrube Orphan Drugs

Die personalisierte Medizin steckt noch in den Kinderschuhen, sie hat aber therapeutisches und vor allem wirtschaftliches Potenzial. Die schier unbegrenzten Möglichkeiten versetzen denn auch die Pharmaindustrie in Goldgräberstimmung. Die Zuordnung von Arzneimitteln zu immer kleineren Gruppen von Kranken erweitert das äusserst lukrative Geschäft mit Medikamenten für seltene Krankheiten, den sogenannten Orphan Drugs. Diese haben nicht nur einen hohen Preis, sondern profitieren schon heute von einem Sonderschutz. Den will die bürgerliche Mehrheit mit der Revision des Heilmittelgesetzes (HMG) noch weiter ausbauen. So soll der Unterlagenschutz zur Abwehr unliebsamer Konkurrenz verlängert und damit die Monopolstellung der Hersteller zementiert werden; mit dem neuen Instrument der Marktexklusivität soll die Zulassung ähnlicher Produkte zudem für mindestens 10 Jahre verboten werden. So kann die Pharmaindustrie mit raffinierter Salamiaktik einen Wirkstoff zeitlich gestaffelt auf den Markt bringen und die Konkurrenz für lange Zeit kaltstellen.

Die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat, von der Pharma instrumentalisiert, hat damit die Branche mit weiteren Privilegien beglückt, die Milliardengewinne bringen – ohne jede weitere Verpflichtung: ohne Auflage zum Nachweis der Sicherheit des Tests, ohne Wirkungskontrolle des Arzneimittels in der Anwendung, ohne Meldepflicht im Fall von Versorgungsengpässen, ohne eine Auflage, in die dringend nötige Erforschung neuer Antibiotika zu investieren, auch wenn deren Ergebnisse



Die personalisierte Medizin will mithilfe von Gentests Diagnose und Therapie spezifisch auf einzelne Patientengruppen abstimmen.

nicht von vornherein das grosse Geschäft versprechen.

Ich hoffe sehr, dass der Ständerat in der Wintersession in der Beratung des neuen Heilmittelgesetzes Gegensteuer gibt. Die Bestimmungen zu Marktexklusivität und Unterlagenschutz sind unbedingt zu korrigieren. Der Markt braucht Konkurrenz, die Forschung Antrieb.

Persönlichkeitsschutz stärken

Gesundheitsdaten sind besonders schützenswert. Mit der personalisierten Medizin wächst die Gefahr, dass Ergebnisse von Genuntersuchungen missbraucht, Personen mit ungünstigen Biomarkern in der Arbeitswelt oder von Versicherungen diskriminiert werden. Schon heute ertönt der Ruf der Versicherungen nach Zugang zu den Gentests ihrer Kundinnen und Kunden.

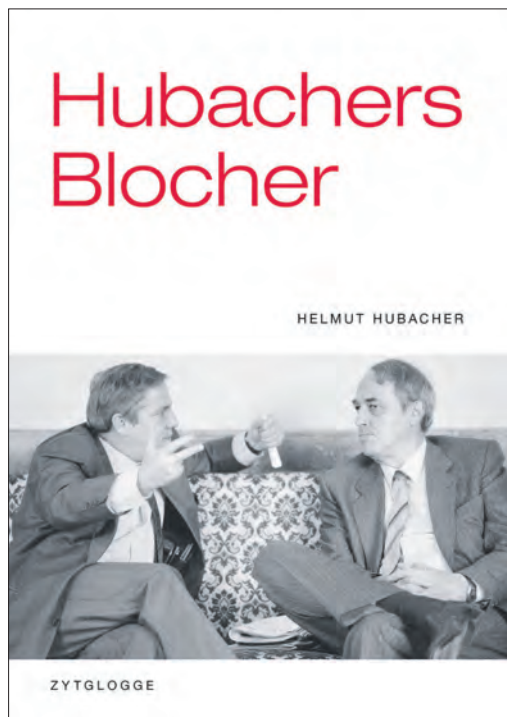
Das Bundesgesetz über genetische Untersuchungen beim Menschen (GUMG) verbietet jegliche Diskriminierung aufgrund des Erbgutes. Für einen wirksamen Persönlichkeits-

schutz sind aber nicht nur Informationen über das Erbgut zu schützen, sondern auch andere biologische Merkmale, die auf künftige Krankheitsrisiken hinweisen. Es braucht einheitliche Schutzstandards für alle vorbeugenden Untersuchungen. Auch die Europäische Menschenrechtskonvention verbietet jegliche Diskriminierung. Das Nachforschungsverbot für Arbeitgeber und Versicherungen gehört ins Gesetz. Das Parlament hat dafür zu sorgen, dass die personalisierte Medizin für die Menschen zum Segen und nicht zum Fluch wird. Das heisst: keine Diskriminierung aufgrund von Gentests, keine Pfründenwirtschaft zugunsten der Pharmaindustrie, begleitende Wirkungskontrolle neuer Medikamente und grösstmögliche Datensicherheit.



Bea Heim
ist Nationalrätin SO

«Boxen gegen eine Kampfsau»



Erstausgabe 2014
2. Auflage
Klappenbroschur
A5, 232 Seiten
Mit Peter-Bichsel-Interview
ISBN 978-3-7296-0880-1
29 Franken

Es geht mir ähnlich wie Gret, der Frau von Helmut Hubacher, die auf die Ankündigung ihres Mannes, ein Buch über Blocher schreiben zu wollen, kurz und bündig meinte: «Mir hängt er zum Hals heraus.» So nehme ich etwas widerwillig Helmut's neustes Buch «Hubachers Blocher» mit in die Sommerferien – schliesslich habe ich versprochen, darüber einen Text fürs «links» zu schreiben.

Es ist schnell gelesen, das 220-seitige Buch. Ich mag den Schreib- und Erzählstil von Helmut: flüssig, schnörkellos und gespickt mit Anekdoten aus seiner 60-jährigen Politerfahrung.

Helmut zerlegt Blocher Stück für Stück, zeigt seine Funktionsweise auf, seine Widersprüche, seinen Werdegang. Er tut dies nicht wie ein böswilliger Feind, sondern eher wie ein interessierter

Wissenschaftler, der das Untersuchungsobjekt als Phänomen akzeptiert, das es zu verstehen und erklären gilt. Und er kennt ihn, denn er hat Blocher über Jahrzehnte genau beobachtet und selber erlebt. Da ist zum Beispiel der bildhaft geschilderte gemeinsame Auftritt mit Blocher im Winterthurer Casino vor 1100 Personen, davon 950 Blocher-Anhänger. Nicht gerade ein Heimspiel für Hubacher, den frenetischen Applaus heimst denn auch Blocher ein. Auftritte gegen Blocher nennt Hubacher «verbale Boxkämpfe» gegen eine «Kampfsau». Er agiere wie ein politischer Ankläger, arbeite permanent mit Feindbildern, antworte nie auf Fragen, lasse sich nie auf sachliche Einwände ein und lasse weder an den Institutionen noch am politischen Gegner jemals ein gutes Haar.

Hat Blocher aber vielleicht auch nicht alles falsch gemacht? Helmut stellt unbequeme Fragen, gibt selber unbequeme Antworten und nimmt dabei kein Blatt vor den Mund. So, wie wir ihn kennen.

Für diejenigen, denen Blocher zum Hals raushängt, bietet das Buch auch unterhaltssame Episoden über ehemalige Bundesräte und Chefbeamte, über verhinderte Kandidaturen und ungewollt Gewählte aus den eigenen Reihen oder über eine trostlose Geburtstagsfeier des verhinderten Bundesrates Walther Bringolf – Begegnungen und Anekdoten, die Helmut in seinen Notizen festhielt, welche er bis heute aufbewahrt hat. Ein kurzes Kapitel ist ausserdem der Geschichte der SP und ihrem Beitrag an die moderne Schweiz von heute gewidmet. Denn Helmut will die haltlose Aus-

Helmut stellt unbequeme Fragen, gibt selber unbequeme Antworten und nimmt dabei kein Blatt vor den Mund.

sage Blochers, die Linke hätte sich nie für die Schweiz eingesetzt, nicht unwidersprochen hinnehmen.

Muss man das Buch nun lesen oder nicht? Über Blocher habe ich nicht viel Neues erfahren. Es wurde schon so viel gesagt und geschrieben. Auch habe ich nicht das Gefühl, mich von einem krankhaften Anti-Blocher-Reflex heilen zu müssen. Für mich hat sich die Lektüre dennoch vor allem wegen des vielen und sehr schmackhaften Beigemüses gelohnt. Helmut Hubacher bleibt ein begnadeter Erzähler, der politisch Interessierte unweigerlich in den Bann ziehen kann. Was wohl Gret nach der Lektüre dachte?



Flavia Wasserfallen
ist Co-Generalsekretärin
der SP Schweiz

SONDERANGEBOT

SP-Mitglieder können das Buch «Hubachers Blocher» zum Preis von 15 Franken (statt 29 Franken) mit dem Talon oder per Mail an info@zytglogge.ch (Vermerk: «SP-Mitglied») direkt beim Zytglogge-Verlag bestellen.

BESTELLUNG

Ich bin SP-Mitglied und möchte das Buch «Hubachers Blocher» zum Vorzugspreis von 15 Franken beziehen.

Vorname _____

Name _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Einsenden an: Zytglogge Verlag, Schoren 7, 3653 Oberhofen



Keystone

Das Erlernen einer zweiten Landessprache in der Primarschule muss vorgeschrieben sein. Das bedingt jedoch, dass die Lehrpersonen unterstützt werden.

Volksschule am Scheideweg

Die SP begrüsst grundsätzlich den Lehrplan 21. Die zahlreichen Neuerungen dürfen jedoch nicht zulasten der Lehrpersonen gehen. Und das Erlernen einer zweiten Landessprache in der Primarschule muss vorgeschrieben sein.

Der Lehrplan 21 wurde entworfen, um nach dem Vorbild der Westschweiz auch die kantonalen Schulsysteme der Deutschschweiz und der mehrsprachigen Kantone zu harmonisieren. Dies ist gut so und seit der Abstimmung über den Bildungsartikel, der 2006 mit 85,6 Prozent angenommen wurde, auch Pflicht. Kurz vor Einführung des Lehrplans 21 torpedieren verschiedene Kreise nun aber die Harmonisierung. Das ist ein Spiel mit dem Feuer.

Zum einen sind da die Kantone, welche ihre Bildungsbudgets zusammenstreichen. Dabei müssten für die Umsetzung des Lehrplans 21 mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt werden und nicht weniger. Zum andern sind es

primär bürgerliche Politiker, die überzeugt sind, dass mit dem neuen Lehrplan die Grundkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen ins Hintertreffen geraten. Einige fordern

Die Ängste der Lehrerinnen und Lehrer gegenüber den zwei obligatorischen Fremdsprachen müssen ernst genommen werden.

gar die Rückkehr zum Frontalunterricht, eine Lehrperson für 30 Schülerinnen und Schüler. Diktate und schriftliches Rechnen sollen im Vordergrund stehen. Dieses romantisch verklärte Schulbild ist weit entfernt vom heutigen Schulsystem und hat mit dem vorliegenden Lehrplan 21 nicht das Geringste zu tun.

Kompetenzorientiertes Lernen im Zentrum

Bereits in den Achtzigerjahren wurden fast alle kantonalen Lehrpläne mit Zielsetzungen in den Bereichen Sozial- und Selbstkompetenz ergänzt. Dieser Weg wird nun mit dem kompetenzorientierten Lernen im Lehrplan 21 weitergeführt. Es geht nicht nur darum, möglichst fleissig Inhalte zu speichern. Viel wichtiger werden mit dem Lehrplan 21 das Verstehen und die Umsetzung dieser Inhalte.

Kritisiert wird von einigen Lehrpersonen, dass bereits auf der Primarschulstufe zwei Fremdsprachen erlernt werden sollen. In verschiedenen Kantonen laufen gar Bestrebungen, die zweite obligatorische Fremdsprache nur noch freiwillig anzubieten. Der Grosse Rat des Kantons Thurgau hat am 13. August gar entschieden, Französisch aus der Primarschule zu kippen.

Und was macht die SP?

Die SP begrüsst den Lehrplan 21. Für die von der Verfassung geforderte Harmonisierung ist er unabdingbar. In der Vernehmlassungsantwort bemängelt die SP unter anderem den Umfang. Die erste Version ist zu ausführlich geraten und wird bis Ende Jahr nun abgespeckt. Das ist gut so. Denn die zahlreichen Neuerungen dürfen nicht zu Lasten der Lehrpersonen gehen. So gilt es auch, die Ängste der Lehrerinnen und Lehrer gegenüber den zwei obligatorischen Fremdsprachen ernst zu nehmen. Dazu erzählte an der Medienkonferenz der SP die Solothurner Lehrerin Silvia Fröhlicher von ihren Erfahrungen mit dem Frühfranzösisch. Seit drei Jahren unterrichtet sie die Drittklässler und Drittklässlerinnen nach Lehrplan 21 in Frühfranzösisch. Ihre anfängliche Skepsis sei verflogen, sagt Fröhlicher. Zwar habe das Einarbeiten in die neuen Lehrmittel viel Zeit beansprucht. Der Aufwand jedoch habe sich gelohnt. Die Co-Präsidentin der SP Bellach fordert für die Umsetzung eine angemessene Weiterbildung für die Lehrkräfte, genügend technische Hilfsmittel in den Schulstuben und Unterricht in Halbklassen. Noch nicht restlos gelöst ist die Frage der Benotung und des Gewichts der Note auf den verschiedenen Stufen. Hier braucht es in allen Kantonen Lösungen, die der Stärkung der Chancengleichheit in den Schweizer Schulen Rechnung tragen, statt der Verschärfung der Selektionsmechanismen über den Sprachunterricht zu dienen.

Englisch als einzige Fremdsprache kommt nicht in Frage

Im Sinne der Chancengerechtigkeit kämpft die SP für die zwei obligatorischen Fremdsprachen auf der Primarschulstufe. Sollte sich ein Kanton von diesem Grundsatz der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren und -direktoren (EDK) abwenden, ist es für die SP unabdingbar, dass die obligatorische Fremdsprache eine Landessprache ist.

Mit dem Entscheid des Thurgauer Grossen Rats, den Französischunterricht in der Primarschule abzuschaffen, ist für die SP die rote Linie überschritten. Sie wird als Reaktion darauf mit Vorstössen in der Herbstsession eine Änderung des Sprachgesetzes anstreben. Das Erlernen einer zweiten Landessprache in der Primarschule muss vorgeschrieben sein. Das bedingt jedoch auch, dass die Kantone die Lehrpersonen unterstützen und ihnen die notwendigen Mittel für einen qualitativ hochstehenden Französischunterricht zur Verfügung stellen.



Matthias Aebischer ist Nationalrat, ausgebildeter Primarlehrer und Co-Präsident der Arbeitsgruppe Volksschule SP Schweiz

GENOSSEN

Daniel Furter
Mitglied SP Bern-Nord und
Ex-Filmfestivalorganisator
QUEERSICHT

**«L'abri»**

Die Migrationspolitik macht in der Schweiz kontinuierlich Schlagzeilen: Es geht um steigende Zahlen, schnellere Verfahren und völkerrechtswidrige Initiativen. In den Filmen von Fernand Melgar geht es um Menschen. Am Filmfestival Locarno hatte sein neuester Film «L'abri» Premiere.

Fernand Melgar begibt sich diesmal auf die Spuren obdachloser Menschen in Lausanne – alle mit Migrationshintergrund. Er trifft sie vor allem in und vor der Notschlafstelle, wo sie jede Nacht auf einen Platz hoffen. Nicht immer gibt es genug Betten und der Entscheid, wer eine Winternacht draussen und wer sie im «Bunker» verbringt, wird zur Lotterie. Die Mitarbeitenden stehen vor der schwierigen Aufgabe, eine Auswahl treffen zu müssen. Wie kann diese gerecht sein?

Die gezeigten Menschen sind in die Schweiz gekommen mit dem Traum von einem Arbeitsplatz, einem Auto oder gar einem eigenen Haus. Hier angekommen, durchleben sie einen Albtraum zwischen Bürokratie, Gassenküche und Notschlafstelle. Sie können nicht verstehen, dass sie in einem unterirdischen Zivilschutzbunker schlafen müssen, und noch weniger, dass es fürs draussen Schlafen Bussen gibt.

Fernand Melgar verzichtet wie in seinen anderen Filmen auf jeglichen Kommentar und lässt uns unser eigenes Bild machen. Diesmal aber mit mehr Distanz – vielleicht

zu viel. Die Geschichten bleiben vage. Sichtbar wird, dass die Schicksale der Menschen so verschieden sind wie ihre Herkunft. Das einzig Gemeinsame ist die schwindende Hoffnung auf eine Zukunftsperspektive in diesem Land.

Nach dem Film verbringe ich selber eine schlaflose Nacht: Wie verzweifelt müssen diese Menschen sein, dass sie bereit sind, unter solch widrigen Umständen zu leben? Gibt es wirklich keine Alternativen? Müssen in unserem Land zuerst Menschen erfrieren, damit das Leben hinter den Zahlen gesehen wird? Können wir, weil wir nicht allen helfen können, gar niemandem helfen? Ist das willkürliche Auswahlverfahren am Eingang zur Notschlafstelle Sinnbild für unsere Migrationspolitik, in welcher Gerechtigkeit nicht möglich scheint?

Möchtest du den LeserInnen etwas vorstellen – ein Buch, einen Film, eine Wanderung –, das du GENOSSEN hast?

Schreibe ein Mail an links@spschweiz.ch



Mit «L'abri» schliesst Fernand Melgar seine Trilogie zur Migrationspolitik («La Forteresse» 2008, «Vol spécial» 2011) ab. Der Film läuft am 10. September in den Kinos der Romandie an.

KNALLROT

Yvonne Feri
Nationalrätin AG
und Präsidentin der
SP Frauen Schweiz



Hatten Sie einen schönen Sommer?

Wenn man an den Sommer denkt, sind die ersten Wörter, die uns in den Sinn kommen, «Ferien», «Entspannung» und «Glück». Doch für einen grossen Teil der Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes entspricht das keineswegs der Realität. Der Sommer und die Schulferien können auch ihren Anteil an Stress und schlechten Neuigkeiten mit sich bringen.

Das verfügbare Einkommen zahlreicher Familien in der Schweiz erlaubt es diesen nicht, in den Urlaub zu fahren. Besonders oft davon betroffen sind Einelternfamilien und damit mehrheitlich Frauen: 17,4 Prozent der Einelternfamilien gehören zu den Working Poor und 30 Prozent unter ihnen sind dem Risiko, in die Armut zu fallen, ausgesetzt.

Der Organisationsaufwand während der Schulferien erfordert für viele Familien auch einiges an akrobatischem Geschick: Der (zusätzliche) Mangel an Kinderbetreuungsstrukturen während der Schulferienzeit erschwert die Aufgabe zahlreicher Eltern. Sie jonglieren, um die Tage ihrer Kinder während dieser Periode so gut wie möglich zu organisieren und gleichzeitig ihre beruflichen Verpflichtungen zu erfüllen.

Ökonomische Gleichstellung, harmonische Vereinbarkeit von Familie und Beruf – es gibt noch viel zu tun, bis wir in einer Gesellschaft leben, in der alle – Frauen und Männer – die gleichen Chancen haben.

Die SP Frauen Schweiz engagiert sich, damit künftig alle den Sommer entspannt und mit Vergnügen geniessen können.



Steve Pollari arbeitet seit Juli als neuer IT-Verantwortlicher im Zentralsekretariat der SP Schweiz. Davor war er bei einem staatlichen Finanzinstitut unter anderem als System Spe-

cialist Middleware tätig und hat 2010 die Ausbildung zum eidg. dipl. Informatiktechniker HF abgeschlossen. Er wohnt mit seiner Partnerin und dem gemeinsamen dreijährigen Sohn aus Überzeugung in Bümpliz, wo er auch aufgewachsen ist. Seine Freizeit verbringt er mit der Familie oder

er beschäftigt sich mit Veloanhängern, Raumschiffen, Zeitmaschinen, Sachbüchern und gelegentlicher sportlicher Ertüchtigung. Er freut sich darauf, den vielen Überraschungen der neuen Arbeitsumgebung zu begegnen sowie die Menschen in der Partei kennen zu lernen.

BRIEFE

«links» 146, Thema Agglomeration

Ich bin froh, dass sich die SP Schweiz der Agglo annimmt, denn ich habe in dieser Hinsicht schon viele Hilferufe abgesondert. Ich wohne seit 32 Jahren in der Agglo und bin aktiv in der SP-Sektion Dietikon. Es gelingt uns namentlich nicht, Mitglieder zu gewinnen (und ältere – nicht zuletzt angesichts der Mitgliederbeiträge – zu halten). Wer aus der Grossstadt ausgespuckt worden ist, will nicht ewig in der Agglo bleiben. Also verpflichtet sie/er sich zu fast nichts. Wer in der Agglo wohnt, erlebt viel Trostlosigkeit

und wenig bis null Lebensqualität. Das macht depressiv und entmutigt. Der kleine Kreis urzeitlicher Gemeindebewohner, die seit Menschengedenken im «Dorf» wohnen und arbeiten, bilden den harten politischen Kern, der entscheidet. Wenn überhaupt, gibt es eine Zeitung, die sich von den Inseraten dieser Gewerbler abhängig wähnt. Die zahllosen Pendler(innen) orientieren sich bei uns samt und sonders am kulturellen Angebot von Zürich (und allenfalls noch Baden).

Immer wieder haben wir Abstimmungs-Grosserfolge (z. B. Verhinderung Süd-Umfahrung, Mietschulhaus, Rettung der Win-

termantelzulage) zu verbuchen. Das schlägt sich aber bei den Wahlen nicht nieder und bringt auch keine Mitglieder.

Die SP gilt, ob sie was tut oder nicht, als Partei, die

- höhere Steuern durchsetzt,
- den Verwaltungsapparat aufbläht und die
- Freiheit (gegen das Fällen alter Bäume, Zeitfenster für Laubbläser und Motorsensen, Einsatz gegen den Fluglärm, Abschaffung von Parkplätzen) einschränkt.

Peter M. Wettler, Dietikon
Leadermacher, Komm-unikat-ionsbera-
ter, Medien-ent-er-t@ainer, Sonnenan-
Peter, Ab-Stimmungskanone

Mitgliederversammlung der SP Frauen

WAHLEN UND DISKUSSION ZUM THEMA «PROSTITUTION»

Die Konferenz der SP Frauen Schweiz findet am 20. September 2014, von 10 bis 14 Uhr, in Bern statt (genauer Ort folgt noch) und nicht wie ursprünglich geplant am 23. August.

Bei dieser Gelegenheit wird die Geschäftsleitung der SP Frauen (wieder) gewählt. Die aktuellen Mitglieder – Yvonne Feri (AG), Präsidentin, Cesla Amarelle (VD), Vizepräsidentin, Lea Kusano (BE) und Jacqueline Rohrer (TI) –, welche seit 2012 in dieser Funktion sind, stellen sich zusammen für eine Wiederwahl zur Verfügung. Allfällige Kandidaturen können bis am 10. September 2014 zusammen mit einem Empfehlungsschreiben der kantonalen Frauenstruktur oder der Kantonalpartei, einem Motivationsschreiben und einem kurzen Lebenslauf eingereicht werden.

Ebenso werden wir unsere Delegierten für die DV der SP Schweiz und die Koordinationskonferenz neu wählen. Interessierte melden sich bis am 10. September 2014 mit einem kurzen Motivationsschreiben.

Das empfindliche Thema «Prostitution» besetzt regelmässig in politischen Debatten und der Medienaktualität einen wichtigen Platz. Der Geschäftsleitung der SP Frauen ist es wichtig, dieses Thema intern zu debattieren und sie möchte die Frauenkonferenz als Gelegenheit dafür nutzen. Zu diesem Thema werden wir ein Referat von Frau Marianne Schweizer, Koordinatorin von Aspasia in Genf, hören. Anschliessend soll eine interdisziplinäre Debatte rund um das Thema geführt werden. An der Podiumsdiskussion werden verschiedene Fachpersonen teilnehmen.

Die Einladung zur Mitgliederversammlung und das definitive Programm werden demnächst auf der Webseite der SP Frauen publiziert.

Alle Kandidaturen, Anträge, Anmeldungen oder Fragen sind bis am 10. September 2014 an Anita Balz, Zentralsekretärin der SP Frauen Schweiz, zu richten.

SP Frauen Schweiz, Spitalgasse 34, 3001 Bern
www.sp-frauen.ch, anita.balz@spschweiz.ch, 031 329 69 81

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Weiterbildung nach der Sommerpause

Ich erstelle ein Budget D2.6.1431
4.9., Trigon Bildungszentrum, Zürich
Fixe und wiederkehrende Kosten, mögliche Einsparungen, Spielraum, Hilfsstellen. Referentin: Katharina Prelicz-Huber (vpod)

Einführung ins Arbeitsrecht
D2.2.1401
11.–12.9., Hotel-Restaurant Römer-
tor, Winterthur
Einzelarbeitsvertragsrecht, Gesamt-
arbeitsvertragsrecht, Arbeitszeit,
Kündigung, Gleichstellung. Referent:
Arthur Andermatt (Rechtsanwalt)

**Anlage von Pensionskassen-
geldern** D1.8.1430
15.–17.9., Hotel FloraAlpina, Vitznau
Anlagepolitik, Rendite, Lebenserwar-
tung und Verwaltungskosten in der
beruflichen Vorsorge, soziale und
nachhaltige Modelle der Anlage.
ReferentInnen: Istvan Akos (Stiftung
Abendrot), Jasmin Aregger (SGB),
Daniel Kopp (SGB)

**Soziale Absicherung bei Krankheit,
Unfall und Invalidität** D1.8.1413
22.–23.9.; Seminarhaus Boldern,
Männedorf ZH.
Funktionsweise, Leistungen, An-
spruchsvoraussetzungen und Finan-
zierung von IV, UV und KV, politische
Streitfelder, Zukunftsperspektiven
und gewerkschaftliche Positionen.
Referentinnen: Christina Werder
(SGB), Christine Goll (Movendo)

**Vertrauensleute-Netze aufbauen
und stärken** D1.8.1414
30.9., Hotel Bern, Bern
Rollen, Handlungsfelder und Arbeits-
instrumente von Vertrauensleuten,
Erfahrungsaustausch, Entwicklung
eines Aktionsplans für die künftige
gewerkschaftliche Arbeit. Referentin:
Christine Goll (Movendo)

Anmeldung: www.movendo.ch,
info@movendo.ch, Tel. 031 370 00 70
Die Kosten für eine Weiterbildung
werden für Gewerkschaftsmitglieder
von ihrer Gewerkschaft getragen. SP-
Mitglieder, die nicht Gewerkschafts-
mitglied sind, profitieren vom redu-
zierten Tarif: Fr. 230.– pro Tag statt
Fr. 390.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.–.
Bei Monika Bolliger (SP Schweiz,
Tel. 031 329 69 91) kann finanzielle
Unterstützung beantragt werden.

IMPRESSUM

Herausgeber
SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34,
3001 Bern, Telefon 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70
Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage 38355 (Wemf)
Abonnementspreise
Für Mitglieder der SP Schweiz gratis
Adressänderungen/Abos:
abo@spschweiz.ch

Redaktion
Andrea Bauer (Chefredaktion), Niklaus Wepfer
(SP Kanton Solothurn), Livia Diem (SP Basel-
Stadt), Ruedi Brassel (SP Baselland), Oliver
Lüthi (SP Kanton Bern), Katharina Kerr (SP
Kanton Aargau), Sebastian Dissler (SP Kanton
Luzern), Petar Marjanovic (SP Kanton Thurgau),
Michael Sutter (SP Stadt Bern), Urs Geiser
(Korrektor)

E-Mail Redaktion
links@spschweiz.ch
Gestaltungskonzept
muellerluetolf.ch

Produktion
Atelier Kurt Bläuer, Bern
Druck
Ringier Print Adligenswil AG
Postfach 3739, 6002 Luzern

Anzeigen
Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH
Hellgasse 12, 6460 Altdorf
Telefon 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47
kg@kiliangasser.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 11.8.
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 8.9.

Freiheit und Sicherheit für alle Menschen in Palästina und Israel

Wir, die Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina JVJP, haben Ende Juli mit einer Kundgebung am Paradeplatz in Zürich gegen den Krieg in Gaza protestiert.

Die Bombardierungen von Gaza bringen unermessliches Leid über die PalästinenserInnen, über 1800 Menschen sind getötet, Tausende verletzt worden. Auch in Israel werden viele Menschen durch die Raketenangriffe der Hamas verängstigt und traumatisiert, werden Todesopfer und Verletzte beklagt. Dieser Krieg steht im Kontext der Blockade des Gazastreifens und der Besetzung und Besiedlung der Westbank.

Als jüdische Menschen in der Schweiz sind wir solidarisch mit den oft überhörten, aber wichtigen Stimmen der Friedens- und Menschenrechtsbewegung in Israel und in Palästina und unterstützen alle Kräfte, die sich für eine menschliche Politik für alle einsetzen.

Hamas ist eine islamistische Organisation, welche die letzten Wahlen in Palästina gewonnen hat. Ihre Haltung ist anti-israelisch und extremistisch. Verzweiflung ist ein Nährboden für Extremismus. Die beste Verteidigung für Israel wäre es, die PalästinenserInnen auf Augenhöhe wahrzunehmen, die Blockade aufzuheben, die Siedlungen in der Westbank zu räumen und die Besetzung endlich zu beenden. Der Konflikt zwischen Israel und Palästina kann nur mit politischen Mitteln gelöst werden.

Im Zusammenhang mit dem Krieg gab es in Europa und auch in der Schweiz antisemitische Reaktionen und übelste Hetze gegen Juden und Jüdinnen. Dies wie auch Islamophobie und Rassismus dürfen nicht geduldet werden. Wir erwarten von der Politik und insbesondere von einer solidarischen Linken, dass sie sich vehement dagegen ausspricht.

Israel gibt vor, im Namen aller Juden und Jüdinnen zu handeln. Es gibt aber viele jüdische Menschen innerhalb und ausserhalb Israels, welche die israelische Politik vehement ablehnen. Unsere Stimme soll in diesem Zusammenhang gehört werden.

Die Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina besteht seit 2002. Wir sind eine Gruppe von Menschen jüdischer Herkunft und setzen uns ein gegen die Besetzung, für ein Leben in Freiheit und Sicherheit für alle Menschen in Palästina und Israel. Unser Newsletter kann abonniert werden über: www.jvjp.ch.

AGENDA 2014/15

20. September, 10–14 Uhr
Frauenkonferenz
Bern (s. Seite 18)

24. Oktober
Koordinationskonferenz
Liestal

25. Oktober
Delegiertenversammlung
Liestal

13. Februar 2015
Koordinationskonferenz
Martigny

14. Februar 2015
**Ausserordentlicher
Wahlparteitag**
Martigny

www.spschweiz.ch



SPINAS CIVIL VOICES



SERIENKILLER

Durch verschmutztes Trinkwasser sterben mehr Menschen als durch Waffen.
Jetzt handeln: www.helvetas.ch

Unterstützt durch



HELVETAS

Handeln für eine bessere Welt